

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die
Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. Februar 1969
am Freitag, dem 14. Februar 1969

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

- | | |
|---------------------------|---|
| 1. Abgeordneter Sänger | Welche Zeitungen oder Zeitschriften meinte der Bundeskanzler, als er am 24. Januar 1969 in Köln vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie sagte: „Wer weiß denn, daß in deutschen Landen über 100 radikale, Tag für Tag zum gewaltsamen Umsturz aufrufende Zeitungen und Zeitschriften existieren, von den merkwürdigsten Quellen finanziert!“? |
|---------------------------|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

- | | |
|--------------------------|--|
| 2. Abgeordneter Orgaß | Weshalb werden mit einem Tagespassierschein nach Ostberlin einreisenden Bundesbürgern die von den Behörden der Sowjetzone verlangten Visagebühren nicht auch entsprechend der Regelung gegenüber Reisenden in die Zone vom Bund erstattet? |
| 3. Abgeordneter Orgaß | Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, künftig die Besucher Ostberlins in die Erstattungsregelungen einzubeziehen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

- | | | |
|------------------------------|--|--|
| 4. Abgeordneter Härzschel | Bis wann kann mit dem Empfang des 3. Programms in den Kreisen Lörrach und Müllheim gerechnet werden? | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |
| 5. Abgeordneter Härzschel | In welchen Bezirken dieser Kreise wird der Empfang des Telekollegs noch nicht möglich sein? | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene,
Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte**

6. Abgeordneter **Rollmann** Ist es nicht an der Zeit, die Häftlinge des Kommunismus in der gleichen Weise zu entschädigen wie die Häftlinge des Nationalsozialismus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

7. Abgeordneter **Meister** Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß auch intellektuelle Urheber und mittelbare Täter in Untersuchungen und gegebenenfalls in Verfahren einbezogen werden?
8. Abgeordneter **Meister** Hält die Bundesregierung das geltende Recht für ausreichend, um revolutionäre Umtriebe wirksam und nachhaltig zu bekämpfen?
9. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus** Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das Ehegesetz aus dem Jahr 1946 aus den Fesseln des Kontrollratsrechts zu lösen?
10. Abgeordneter **Dr. Arndt (Hamburg)** Sind die Vorarbeiten der Bundesregierung für ein einheitliches Verfahrensgesetz für alle Gerichtsbarkeiten (ordentliche Gerichte, Sozial-, Arbeits-, Verwaltungs- und Finanzgerichte) soweit fortgeschritten, daß dem 6. Deutschen Bundestag ein entsprechender Entwurf zur Verabschiedung vorgelegt werden kann?
11. Abgeordneter **Dr. Lenz** Trifft es zu, daß die Bundesregierung zur Harmonisierung des Rechts des unlauteren Wettbewerbs im Rahmen der EWG auf einen völkerrechtlichen Vertrag drängen wird?
12. Abgeordneter **Dr. Lenz** Warum zieht die Bundesregierung einen völkerrechtlichen Vertrag einer Verordnung oder einer Richtlinie gemäß dem EWG-Vertrag vor?
13. Abgeordneter **Bühler** Ich frage die Bundesregierung, was sie zu tun gedenkt, wenn die Pressemeldungen (z. B. im Express vom 4. Februar 1969) zutreffen, wonach deutsche Frauen in England Schwangerschaftsunterbrechungen vornehmen lassen, die dort aus sozialen Gründen erlaubt sind?
14. Abgeordneter **Dröscher** Ist die Bundesregierung, angesichts der Rentenerhöhungen der letzten Jahre und angesichts des weiteren Vermögenszuwachses der Lebensversicherungsgesellschaften, aber auch angesichts der sich ständig verringern den Zahl der Betroffenen, jetzt bereit, den ehemaligen Versicherungsnehmern, die ihre Altersversorgung nicht auf eine Pension, sondern auf eine

Kapitalversicherung aufgebaut hatten und die durch die Währungsreform um ihr gesichertes Alter betrogen worden sind, dadurch zu helfen, daß durch Verhandlungen mit den Lebensversicherungsgesellschaften eine zusätzliche Leistung, notfalls auf freiwilliger Grundlage und im Interesse des Ansehens der Versicherungen erreicht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

15. Abgeordneter **Geldner** Ist es zutreffend, daß die Posten für die geplante Verlegung der amerikanischen EES-Hauptverwaltung von Nürnberg nach München in Höhe von 200 000 Dollar bis 500 000 Dollar für die erste Phase von der Bundesregierung und nicht von den US-Streitkräften getragen werden?
16. Abgeordneter **Picard** Wie weit sind Überlegungen der Bundesregierung gediehen, bei der Kraftfahrzeugsteuer vom Hubraum als Bemessungsgrundlage abzugehen?
17. Abgeordneter **Picard** Stimmt die Bundesregierung der von Fachkreisen immer wieder geäußerten Auffassung zu, daß durch die Hubraumbesteuerung gewisse, der Sicherheit und dem Fahrkomfort dienende Entwicklungen wie Automatik, Servolenkung, Bremshilfen, Klimaanlage u. ä. erschwert oder gar verhindert werden?
18. Abgeordneter **Ramms** Ist die Rechnung des Bundes der Steuerzahler in etwa richtig, wonach von dem erwarteten Betrag von rund 240 Millionen DM aus der Straßengüterverkehrssteuer über 15 Millionen DM an Erhebungskosten und etwa 140 Millionen DM Steuerausfall bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie bei der Gewerbesteuer abgehen werden, so daß der Fiskus die neue Steuer zu 50 Prozent bis 60 Prozent selbst zu tragen haben wird?
19. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)** Welche Gründe hat die Mehrheit der Kultusminister der Bundesländer bis heute dazu veranlaßt, bei Auslegung des Begriffes „Orchester“, die bekanntlich von der Mehrwertsteuer befreit sind, nicht auch ein Trio als Orchester anzuerkennen, selbst wenn solche Trios andererseits als künstlerisch hochstehende „Kammermusik“-Vereinigung von der Vergnügungsteuer befreit sind?
20. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)** War es nicht die Absicht des Gesetzgebers, ernsthafte kulturelle Institute und Unternehmen von der Mehrwertsteuer freizustellen?

- | | |
|--|--|
| 21. Abgeordneter Schmidt (Kempten) | Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, welche unterschiedlichen Umsatz- oder Mehrwertsteuerbelastungen zwischen den Personenseilschwebbahnen in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere Personenseilschwebbahnen in den angrenzenden Ländern bestehen? |
| 22. Abgeordnete Frau Freyh | Wie begründet die Bundesregierung die Vorschrift für den Altersfreibetrag für Arbeitnehmer im Lohnsteuerjahresausgleich, nach der nur diejenigen steuerfreie Pauschbeträge erhalten, die vor dem 2. September des jeweiligen Kalenderjahres das 65. Lebensjahr vollenden oder vollendet haben? |
| 23. Abgeordneter Müller (Mülheim) | Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, bei den Ministerpräsidenten der Länder mit Aussicht auf Erfolg anzuregen, ihren Beschluß vom 2. Juni 1967 dadurch zu erweitern, daß sie unter Verzicht auf die Lotteriesteuer die gesamten Einnahmen aus der Olympia-Lotterie für den Sportstättenbau in München und Kiel zur Verfügung stellen? |
| 24. Abgeordneter Brück (Holz) | Welche Gründe gibt es dafür, daß bei der Auf- führung von statistischen Zahlen aus dem Jahre 1965 im Anhang zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen das Saarland ausdrücklich ausgeklammert worden ist? |
| 25. Abgeordneter Dr. Schmidt (Wuppertal) | Zu welchem Ergebnis haben die Ermittlungen der Bundesregierung zur Problematik der Umsatzsteuer in Blindenbetrieben (§ 4 Nr. 19 a UStG), insbesondere im Hinblick auf den Mißbrauch dieser Befreiungsvorschrift im Tankstellengewerbe, geführt? |
| 26. Abgeordneter Fritsch (Deggendorf) | Welches ist der gegenwärtige Stand der Verhandlungen über die Errichtung eines deutsch-österreichischen Gemeinschaftszollamtes bei Neuhaus-Schärding, insbesondere hinsichtlich des zukünftigen Standortes? |
| 27. Abgeordneter Strohmayer | Hat die Bundesregierung schon eine Übersicht über die Höhe der im Jahre 1968 getätigten Bausparverträge gegenüber 1967? |
| 28. Abgeordneter Strohmayer | Wie wirkt sich bei einer eventuellen erhöhten Abschlußtätigkeit für Bausparverträge die Entwicklung auf die Bereitstellung der Bausparprämien im Haushaltsjahr 1969 aus? |
| 29. Abgeordneter Zebisch | Wird die Bundesregierung bei der Anwendung des § 9 Abs. 3 AbsichG im Gegensatz zu der Auslegung von Genscher-Büsing (in Betriebs-Berater 1968, Seite 1442) die Auslegung von Knieper (in Neue Juristische Wochenschrift 1969, Seite 216) heranziehen, um vor allem der Zonenrandindustrie mit relativ hohem Exportanteil helfen zu können? |
- Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

30. Abgeordneter **Kubitza** Trifft es zu, daß eine Gemeinde, die einen Beförderungsvertrag mit einem Omnibusunternehmer für die Gestellung eines sogenannten Schulbusses abschließt, Mehrwertsteuer für diese Leistung zahlen muß, wogegen diese Steuer entfällt, wenn der einzelne Schüler bzw. dessen Erziehungsberechtigter ohne Beteiligung des Schulträgers einen solchen Beförderungsvertrag abschließt, obwohl das Entgelt für die Beförderungsleistung vom Schulträger gezahlt wird?
31. Abgeordneter **Kubitza** Trifft es zu, daß im gleichen Fall Mehrwertsteuer auch dann nicht anfällt, wenn an jeden Schüler Zeitkarten ausgegeben und nach Entwertung bei der Gemeindekasse abgerechnet werden?
32. Abgeordneter **Kubitza** Warum kann die Bundesregierung den Gemeinden keine weniger bürokratischen Vorschläge machen, die ihrerseits den Schulkindern möglichst unbürokratisch zu einer guten und sicheren Möglichkeit verhelfen wollen, ihren täglichen Schulweg zurückzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

33. Abgeordneter **Dr. Frerichs** Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zu den in der Note der französischen Regierung an die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften aufgeführten Fragen zur europäischen Wettbewerbspolitik?
34. Abgeordneter **Dr. Frerichs** Ist die Bundesregierung bereit, ebenfalls von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften den baldigen Erlaß einer Verordnung über sogenannte Bagatellkartelle zu verlangen?
35. Abgeordneter **Dr. Frerichs** Beabsichtigt die Bundesregierung, ihre Vorstellungen im Rahmen der Vorbereitungen einer Novellierung des deutschen Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen mit den Absichten der Europäischen Kommission in Brüssel weitgehend in Einklang zu bringen?
36. Abgeordneter **Dr. Giuliani** Ist der Bundesregierung bekannt, daß der weltweite Abbau von Zöllen durch steuerliche Hemmnisse, durch mengenmäßige Beschränkungen, durch Beschränkungen über den Gesundheitsschutz und über das öffentliche Auftragswesen etc. indirekt wieder ersetzt wird?
37. Abgeordneter **Dr. Giuliani** Ist die Bundesregierung bereit, Benachteiligungen weitgehendst auszuschalten, Gatt-Gespräche zu aktivieren und Zugeständnisse und gegebenenfalls notwendig erscheinende Gatt-Verpflichtungen einzugehen?

38. Abgeordneter
Dr. Giuliani Ist die Bundesregierung bereit, die Arbeiten privater internationaler Organisationen (IHK, IFO, IEC) stärker zu unterstützen, um Handelshemmnisse zu beseitigen?
39. Abgeordneter
Dr. Apel Entsprechen Pressemeldungen den Tatsachen, nach denen es nicht mehr möglich sein wird, das Projekt „Airbus“ unter Beteiligung Großbritanniens zu verwirklichen, so daß nun eine bilaterale Lösung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland gesucht werden soll?
40. Abgeordneter
Weigl Kann man aus der Vergabe eines Großauftrages der Stadt München (Candid-Hangauffahrt) die Schlußfolgerung ziehen, daß die von den deutschen Tarifpartnern in den letzten Jahren vereinbarten Lohnerhöhungen die ostbayerische Granitindustrie im europäischen Wettbewerb, z. B. gegenüber Italien, konkurrenzunfähig gemacht haben?
41. Abgeordneter
Dr. Müller-Hermann Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die sich aus italienischen Ausführbeihilfen für Eisen- und Stahlerzeugnisse in Drittländer ergebenden schwerwiegenden Wettbewerbsverzerrungen zwischen der Eisen und Stahl be- und verarbeitenden Industrie Italiens und der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen?
42. Abgeordneter
Bühling Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß ein namhaftes deutsches Unternehmen wie die AEG-Telefunken einerseits in erheblichem Maß die finanzielle Hilfe der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch nimmt, andererseits aber durch Verlegung von wesentlichen Unternehmensteilen aus Berlin dem grundsätzlichen politischen Willen des Deutschen Bundestages und der erklärten Politik der Bundesregierung ganz offensichtlich zuwiderhandelt?
43. Abgeordneter
Bühling Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß in der vorstehend beschriebenen Weise Unruhe auch in die betroffene Arbeitnehmerschaft getragen wird?
44. Abgeordneter
Bühling Wird die Bundesregierung gegebenenfalls das in Betracht kommende Unternehmen auf die in Frage 42 erwähnten Gesichtspunkte und mögliche Konsequenzen in ihren Überlegungen hinweisen?
45. Abgeordneter
Josten Ist die Bundesregierung bereit, dafür einzutreten, daß auf Grund ihrer Berichterstattung über Lage, Entwicklung und Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen an den Deutschen Bundestag — Drucksache V/3678 — die Antragstellung und Bearbeitung zu Finanzierungshilfen für obige Betriebe vereinfacht bzw. beschleunigt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

46. Abgeordneter **Frehsee** Ist der Bundesregierung bekannt, daß die im Selbstverwaltungsgesetz verankerte Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften aus zwei Dritteln Unternehmervertretern und einem Drittel Arbeitnehmervertretern in der Praxis dazu führt, daß der Minderheit der Arbeitnehmervertreter jede echte Einwirkungsmöglichkeit auf die Beschlußfassung dieser Selbstverwaltungsorgane vorenthalten ist?
47. Abgeordneter **Frehsee** Ist der Bundesregierung bekannt, daß es bei den 19 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und ihrem Bundesverband keinen einzigen Vorsitzenden eines Vorstandes oder einer Vertreterversammlung gibt, der aus den Reihen der Arbeitnehmer kommt?
48. Abgeordneter **Frehsee** Ist der Bundesregierung bekannt, daß aus diesem Grunde die Arbeitnehmervertreter in der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften überhaupt kein Stimmrecht haben?
49. Abgeordneter **Kohlberger** Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Personen, die heute über 20 Jahre in den Selbstverwaltungsorganen der Krankenkassen, in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, als Schöffen und Geschworene, als Stadt- und Gemeinderäte oder als Mitglied in Prüfungsausschüssen des Handwerks und der Industrie- und Handelskammer ehrenamtlich tätig waren und dadurch Verdienstaussfall erleiden mußten, bis zu 30 DM monatlich weniger Rente erhalten gegenüber solchen Personen, die in gleicher Stellung ohne ehrenamtliche Tätigkeit für das Gemeinwohl waren?
50. Abgeordneter **Kohlberger** Inwieweit sind von der Bundesregierung Gesetze in Vorbereitung oder Vorkehrungen getroffen, um diesen angesprochenen Personenkreis bei Eintritt des Rentenfalles vor Rentensenkung zu schützen?
51. Abgeordneter **Baron von Wrangel** Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß Prothesen unmittelbar nach dem Tode von den Angehörigen als Bundeseseigentum zurückgefordert werden? *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
52. Abgeordneter **Baron von Wrangel** Ist die Bundesregierung der Meinung, daß solche Aufforderungen nach Sterbefällen dazu beitragen, das Ansehen der Bundesregierung und der Verwaltung schlechthin zu schädigen? *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

53. Abgeordneter
Schlee Ist die Bundesregierung bereit, in den nächsten nach § 56 des Bundesversorgungsgesetzes zu erstattenden Bericht eine — soweit möglich vergleichende — Darstellung der Versorgung der Kriegsoffer in den wichtigsten anderen Staaten (Frankreich, Großbritannien, Italien, Vereinigte Staaten, Belgien und Niederlande) aufzunehmen?
54. Abgeordneter
Bühler Sind der Bundesregierung viele Fälle bekannt geworden, in denen Wehrdienstgegner den Ersatzdienst in Krankenhäusern und anderen Anstalten nicht nur lässig ausführen, sondern auch das Stammpersonal aufzuwiegeln suchen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

55. Abgeordneter
Dr. Rutschke Welche Schadensersatzansprüche stehen einem Wehrpflichtigen zu, wenn er durch eine nachweisbare Fehlkonstruktion eines Gerätes zu Schaden gekommen ist?
56. Abgeordneter
Dr. Rutschke Wieviel Unfälle sind insgesamt und insbesondere allein beim Manöver „Schwarzer Löwe“ durch die fehlende Möglichkeit der Arretierung des Turmdeckels beim Panzer HS 30 gemeldet bzw. festgestellt worden?
57. Abgeordneter
Cramer Treffen Pressemeldungen zu, nach denen eine erneute Abhaltung des Internationalen Flugwettbewerbs auf dem Natoflugplatz Upjever ausdrücklichen Zusicherungen des Bundesverteidigungsministers vom Frühjahr 1968 widersprechen würden?
58. Abgeordneter
Schmidt
(Braunschweig) Was hindert die Bundesregierung daran, trotz Kenntnis der in zurückliegenden Jahren in den Fragestunden des Deutschen Bundestages von ihr wiederholt bestätigten Mängel des derzeitigen Kantinenwesens der Bundeswehr, dessen längst fällige Umstrukturierung vorzunehmen?
59. Abgeordneter
Schmidt
(Braunschweig) Inwieweit treffen Verlautbarungen zu, denen zufolge die etwa 500 Bundeswehrkantinenpächter zusammen jährlich mehr als 240 Millionen DM Umsatz versteuern?
60. Abgeordneter
Schmidt
(Braunschweig) Wie steht die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Umorganisation des Kantinenwesens in der Bundeswehr zu der diesbezüglichen Konzeption des Deutschen Bundeswehrverbandes laut Zeitschrift „Die Bundeswehr“, Heft 9/68, Seite 340 ff.?

61. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig) Wann gedenkt die Bundesregierung, die im Gelände der Husaren-Kaserne in Braunschweig liegenden, in der Nachkriegszeit für Gewerbebetriebe und als Notwohnungen genutzte Unterkunftsgebäude, die völlig dem Verfall preisgegeben sind, wegzuräumen?
62. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig) Welche Planungen bestehen bei der Bundesregierung in Bezug auf die endgültige Verwendung der Kaserne Broitzem (ehemaliger Fliegerhorst)?
63. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig) Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um die Gesamtanlage vor weiterem Verfall zu schützen, damit die Unterbringung und Sicherung der dort lagernden Ausrüstung garantiert ist?
64. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten) Entsprechen Pressemeldungen den Tatsachen, daß für die in Lebach ermordeten Soldaten bzw. deren Hinterbliebene die sonst bei tödlichem Unfall im Dienste der Bundeswehr fällige Unfallentschädigung von 20 000 DM nicht in Frage kommt, da Mord an Soldaten im Dienst nicht in den Versicherungsstatuten vorgesehen ist und somit nicht als Unfall im Dienst gilt?
65. Abgeordneter
Fritsch
(Deggendorf) Wann ist mit der Verlegung des Luft-Boden-Schießplatzes Siegenburg (Kr. Kelheim) zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

66. Abgeordneter
Felder Welche Ergebnisse zeitigte die in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 29. Mai 1968 vom Bundesinnenministerium zugesagte Untersuchung über Schlägergruppen, die vom Militärregime in Athen über die griechische Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland gesteuert werden, um gewerkschaftlich organisierte Griechen zu terrorisieren?
67. Abgeordneter
Schmitt-Vockenhausen Zu welchem Ergebnis haben die Bemühungen der Bundesregierung geführt, zur Entlastung des Sammellagers für Ausländer in Zirndorf bei Nürnberg ein weiteres Ausländerlager in einem anderen Bundesland einzurichten?
68. Abgeordneter
Schmitt-Vockenhausen Ist es gelungen, eine Verteilung der abgelehnten und derjenigen Asylbewerber, die für das Anerkennungsverfahren beim Bundesamt nicht mehr in Zirndorf anwesend sein müssen, auf die anderen Bundesländer nach bestimmten Quoten zu erreichen?
69. Abgeordneter
Härzschel Welche zukünftige Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Telekolleg im Blick auf Ausbildung, Berufsförderung und Weiterbildung zu?

70. Abgeordneter **Schwabe** Angesichts der Tatsache, daß unlängst die deutschen Zirkusse Althoff und Williams ihre Betriebe stilllegen mußten, frage ich die Bundesregierung, ob die Absicht oder die Möglichkeit besteht, in der Bundesrepublik Deutschland in absehbarer Zukunft ähnliche Maßnahmen wie in Italien zu ergreifen, wo die Zirkusunternehmen neuerdings durch gesetzliche Regelungen betreut, gefördert und unter gewissen Bedingungen auch unterstützt werden?
71. Abgeordneter **Meister** Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß es an der Zeit ist, den Verfassungsschutz gegen die verschiedenen anarchistischen und revolutionären Gruppen einzuschalten?
72. Abgeordneter **Dr. Arndt (Hamburg)** Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das sogenannte Tumultschädengesetz von 1920 heute noch aktuell geltendes (Landes-) Recht ist?
73. Abgeordneter **Dr. Arndt (Hamburg)** Wird die Frage 72 bejaht: hält die Bundesregierung die im Tumultschädengesetz vorgesehenen Ersatzleistungen an geschädigte Bürger heute noch für ausreichend, obwohl z. B. eine Regelung für Personenschäden überhaupt fehlt?
74. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher** Ist die Bundesregierung bereit, die Zusage der amerikanischen Max-Kade-Stiftung, eine Schule für angehende Diplomaten und Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung in Konstanz zu fördern, zum Anlaß zu nehmen, sich in die Vorbereitungen für die Gründung einzuschalten?
75. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher** Gedenkt die Bundesregierung, das Projekt auch mit eigenen Mitteln zu fördern?
76. Abgeordneter **Weigl** Ist es zutreffend, daß akademisch Vorgebildete und gleichwertig qualifizierte Angestellte des öffentlichen Dienstes praktisch zum Eintritt in die Beamtenlaufbahn gezwungen werden, da sie z. B. als Angestellte eine mit Besoldungsgruppe A 14 vergleichbare Bezahlung erst wesentlich später erreichen können?
77. Abgeordneter **Dr. Rutschke** Mit Bezug auf die Ankündigung des Bundesinnenministers, daß die Neuregelung der Auslandstagegelder der Bundesbeamten noch 1968 in Kraft treten werde (Drucksache V/3147), und mit Rücksicht darauf, daß inzwischen die Inlandstagegelder erhöht worden sind, während gleichzeitig eine neue Teuerungswelle in verschiedenen europäischen Ländern, vor allem in Frankreich, eingesetzt hat, wodurch die schon bestehende untragbare Situation auf diesem Gebiet erneut verschärft wurde, frage ich, wann die Bundesregierung gedenkt, die überfällige und seit Jahren zugesagte Neuregelung der Auslandstagegelder der Bundesbeamten in Kraft zu setzen?

78. Abgeordneter
Dr. Meinecke Sind der Bundesregierung die Pressemeldungen (Neue Zürcher Zeitung vom 5. Januar 1969 und Zeit vom 8. November 1968) bekannt, nach denen anzunehmen ist, daß eine große Zahl rauschgiftsüchtiger junger Menschen auf dem Weg nach Indien auch aus Deutschland stammt?
79. Abgeordneter
Dr. Meinecke Wie beurteilt die Bundesregierung auf Grund dieser Pressemeldungen die Effektivität der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeiten einer Rückführung Minderjähriger in die Heimat?
80. Abgeordneter
Zebisch Hat der Parlamentarische Staatssekretär Freiherr von und zu Guttenberg mit seiner Äußerung, die Bundesregierung werde, abgesehen von den Olympischen Spielen in München, DDR-Symbole bei Sportveranstaltungen weiterhin nicht dulden, für die gesamte Bundesregierung gesprochen?
81. Abgeordneter
Dröscher Trifft es zu, daß ein Berufssoldat, der sich ein Leiden während seiner Kriegsdienstzeit im Kriegseinsatz zugezogen hat, dann, wenn es sich nicht um einen Kriegsunfall im Sinne des § 135 BBG handelt, keine Versorgung nach § 29 G 131 in Verbindung mit § 142 Abs. 2, § 181 a Abs. 4 BBG erhält, während ein Berufssoldat, der unter den gleichen Bedingungen Kriegsdienst geleistet hat, sich aber das Leiden in der Kriegsgefangenschaft zugezogen hat, einen Unterhaltsbeitrag erhält, der sich nach dem Prozentsatz der anerkannten MdE bemißt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

82. Abgeordneter
Reichmann Ist der Bundesregierung bekannt, daß infolge der Stützung der flüssigen Magermilch durch die EWG die Verarbeitungskapazitäten der bestehenden Trockenmilchwerke nicht mehr ausgelastet sind?
83. Abgeordneter
Reichmann Ist der Bundesregierung bekannt, daß trotzdem der Bau weiterer Trockenmilchwerke vorbereitet bzw. beabsichtigt ist?
84. Abgeordneter
Reichmann Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um derartige Fehlinvestitionen zu verhindern?

85. Abgeordneter
Logemann Welches ist nach den einander widersprechenden Aussagen des Bundesernährungsministers im EWG-Ministerrat und des Bundesfinanzministers vor der Presse in Brüssel die verbindliche Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Memorandum der EWG-Kommission zur Reform der europäischen Landwirtschaft?
86. Abgeordneter
Logemann Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts des von Minister Debré vorgetragenen französischen Standpunkts die Möglichkeiten zu einer Neuregelung der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik?
87. Abgeordneter
Fellernaier Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung von einer Neuordnung des Milchmarktes, nachdem jetzt Pläne zur Schaffung eines Trinkmilchsyndikats für das gesamte Bundesgebiet bekannt geworden sind?
88. Abgeordneter
Fellernaier Würde ein solches Trinkmilchsyndikat überhaupt den EWG-Wettbewerbsbedingungen entsprechen?
89. Abgeordneter
Fellernaier Wie beurteilt die Bundesregierung diese Pläne unter dem Gesichtspunkt eines echten Preiswettbewerbs für Trinkmilcherzeugnisse?
90. Abgeordneter
Dr. Meinecke Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft jetzt vorgelegten Bericht über die Prüfung „der Zusatzstoffe in Tierernährung und Tierhaltung“ ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

91. Abgeordneter
Ramms Ist die Bundesregierung bereit, nachdem das Aufstellen von Blendschutzzäunen bzw. die Grünbepflanzung auf den Autobahnmittelstreifen die Verkehrssicherheit erheblich erhöht hat, diese Sicherheitsmaßnahme auf das gesamte Autobahnnetz auszudehnen?
92. Abgeordneter
Dr. Schulze-Vorberg Wann ist — nach den jetzt der Bundesregierung vorliegenden Plänen — mit dem Baubeginn der Mainbrücke bei Weyer (Kreis Schweinfurt) zu rechnen? *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
93. Abgeordneter
Dr. Gleissner Welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe, daß die Zahl der Kraftfahrer, die in der Verkehrssünderkartei beim Kraftfahrbundesamt in Flensburg registriert sind, 1968 gegenüber dem Vorjahr wiederum um fast 12% zugenommen hat?

94. Abgeordneter
Dr. Gleissner Wie groß ist die Zahl der Personen, denen der Führerschein schon mehr als einmal entzogen worden ist?
95. Abgeordneter
Dr. Gleissner Wie verteilt sich diese Zahl auf die wichtigsten Altersgruppen?
96. Abgeordneter
Dr. Apel Ist die Bundesregierung bereit, das unter Druck der brasilianischen Regierung in Rio de Janeiro am 29. November 1968 abgeschlossene Konferenzabkommen im Brasilien/Europa-Verkehr in ein zwischenstaatliches Abkommen über die Gewährung von Kapitalhilfe aufzunehmen, obwohl die brasilianische Regierung die Einfuhrlicenzen weiterhin mit der flaggendiskriminierenden Auflage versieht, der Seetransport sei nur unter brasilianischer Flagge durchzuführen?
97. Abgeordneter
Dr. Apel Sieht die Bundesregierung die Gefahr, daß die etwaige Einbeziehung dieses Konferenzabkommens in das Kapitalhilfeabkommen mit Brasilien den von der Bundesregierung in ihrem verkehrspolitischen Programm geäußerten festen Willen tangiert, dem wachsenden Flaggenprotektionismus energisch entgegenzutreten?
98. Abgeordneter
Mertes Wird die Bundesregierung Konsequenzen aus den Vorwürfen der Industrie- und Handelskammer Stuttgart ziehen, die in dem Artikel „Straßen und Bahn sind unterentwickelt“ in den Stuttgarter Nachrichten vom 4. Februar 1969 erhoben werden?
99. Abgeordneter
Mertes Welche Gründe hat die Benachteiligung von Baden-Württemberg, die sich aus den im gleichen Artikel abgedruckten unterschiedlichen Zuweisungen an Bundesländer für Bundesfernstraßen ergibt?
100. Abgeordneter
Dr. Imle Ist die Bundesregierung beim Festhalten an ihrer Absicht, durch Verordnung das private Kraftfahrzeughandwerk aus der in zweijährigem Turnus vorgeschriebenen Überwachung der Kraftfahrzeuge weitgehend auszuschließen, bereit und in der Lage, auch dafür zu sorgen, daß der TÜV diese Prüfungen mit für den Fahrzeughalter nicht größerem Zeitaufwand und zu den meistens wesentlich günstigeren Preisen vornimmt, wie sie bisher in den Werkstätten z. B. im Zusammenhang mit einer Inspektion angefallen sind?
101. Abgeordneter
Dr. Imle Welche der in der Antwort der Bundesregierung (Drucksache V/2465) auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP betr. Erhöhung der Verkehrssicherheit genannten Maßnahmen sind bisher noch nicht eingeleitet worden?

102. Abgeordneter
Dr. Hofmann
(Mainz) Wann wird entsprechend der wirtschaftlichen Notwendigkeit für den Wirtschaftsraum Rheingau einerseits und den Raum Bingen—Ingelheim andererseits mit dem Bau der Brücke über den Rhein zwischen Ingelheim linksrheinisch bzw. Geisenheim rechtsrheinisch begonnen?
103. Abgeordneter
Dr. Hofmann
(Mainz) Wann wird endlich die Beleuchtung der Weisenauer Brücke bei Mainz Wirklichkeit?
104. Abgeordneter
Dr. Hofmann
(Mainz) Ist die Bundesregierung in der Lage darzustellen, an welchen Kompetenzschwierigkeiten es liegt, daß die Beleuchtung der Weisenauer Brücke bis zur Stunde nicht durchgeführt worden ist?
105. Abgeordneter
Rawe Treffen Pressemeldungen zu, daß das Ministerium für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten von Nordrhein-Westfalen die alsbaldige Zusammenfassung der beiden kommunalen Straßenbauverwaltungen in ein staatliches zentrales Landesamt und die Zusammenfassung der 36 Landesstraßenbauämter und -neubauämter in wenige Mittelbehörden vornehmen will?
106. Abgeordneter
Rawe Bei Bejahung der Frage 105: ist es richtig, daß daraus die Gefahr erwächst, daß die Bauziele dieses Jahres im Straßenbau nicht erreicht und dabei die bereitgestellten Haushaltsmittel nicht ausgegeben werden können?
107. Abgeordneter
Rawe Befürchtet die Bundesregierung nicht, daß auch durch die Beunruhigung, die durch die vorgesehenen Maßnahmen bei den Mitarbeitern der Straßenbauverwaltungen ausgelöst ist, dringende Straßenbaumaßnahmen Verzögerung erleiden könnten?
108. Abgeordneter
Strohmayer Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, den Hubschrauberrettungsdienst nach den im Sommer 1968 durchgeführten Versuchen auszubauen?
109. Abgeordnete
Frau Funcke Wieviel Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene werden benötigt, um in welcher Zeitspanne ein Autobahnschild oder -hinweisschild zu schaffen oder zu verändern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

110. Abgeordneter
Spitzmüller Beabsichtigt die Bundesregierung, auch in diesem Jahr eine Fahrt der Deutschen Sportjugend zu Begegnungen nach Griechenland aus Haushaltsmitteln zu unterstützen?

111. Abgeordneter
Spitzmüller Muß die Bundesregierung nicht befürchten, daß eine solche finanzielle Unterstützung für eine Jugendbegegnung in der gegenwärtigen Situation als eine Aufwertung des in Griechenland herrschenden Systems verstanden werden könnte?
112. Abgeordneter
Zebisch Aus welchen Gründen strebt die Bundesregierung ähnlich wie die französische Regierung eine Herabsetzung der Mittel für das deutsch-französische Jugendwerk an?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

113. Abgeordnete
**Frau
Dr. Maxsein** Ist sich die Bundesregierung der Tatsache bewußt, daß selbst dann, wenn die Amerikaner für den Start von Fernmeldesatelliten für regionale Bedürfnisse Trägerraketen zur Verfügung stellen (Antwort der Bundesregierung in der 200. Sitzung vom 29. November 1968), ein Verzicht auf eine eigene europäische Trägerraketenentwicklung keineswegs gerechtfertigt erscheint, da eine solche Zusage von amerikanischer Seite nicht den Charakter einer permanenten Garantie tragen kann?
114. Abgeordneter
Flämig Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, wonach die Privatindustrie der USA künftig in die Anreicherung von Uran für friedliche Zwecke eingeschaltet werden soll?
115. Abgeordneter
Flämig Trifft es zu, daß die USA die Einstellung der Uranlieferungen angedroht haben, falls die EURATOM-Länder nicht den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnen?
116. Abgeordneter
Flämig Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten für die Erstellung einer europäischen Isotopentrennanlage?

Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

117. Abgeordneter
Felder Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, einen abschließenden schriftlichen Bericht über die Verwendung des Kunstbesitzes aus dem Dritten Reich bzw. über die Verteilung von Gemälden an die Museen in der Bundesrepublik Deutschland zu geben?

118. Abgeordneter
Jung Wieviel engere und wieviel offene Architektenwettbewerbe hat die Bundesbaudirektion für Baumaßnahmen der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren ausgelobt?
119. Abgeordneter
Jung Ist die Bundesregierung nicht der Meinung, daß Architektenwettbewerbe das geeignete Mittel sind, die beste bauliche und wirtschaftliche Lösung und den besten Architekten zu finden?
120. Abgeordneter
Jung Warum wurde bei der Vergabe des Planungsauftrages für die neuen Bundesministerien zwischen Bonn und Bad Godesberg — für einen Auftrag von mehr als 100 Millionen DM — die Möglichkeit des Architektenwettbewerbs außer acht gelassen?
121. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten) Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob durch die Gewährung von ERP-Krediten als Investitionskredite für Personenseilschwebbahnen ein gewisser Ausgleich für die durch die unterschiedlichen Steuersätze sehr zu Ungunsten der Personenseilschwebbahnen in der Bundesrepublik Deutschland bestehende Wettbewerbsverzerrung ausgeglichen werden kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

122. Abgeordneter
Freiherr
von Gemmingen Teilt die Bundesregierung die beispielsweise von der Welternährungs- und der Weltgesundheitsorganisation vertretene Überzeugung, daß der Erfolg der Entwicklungshilfe auf die Dauer nur gesichert werden kann, wenn es den Entwicklungsländern gelingt, mit der Bevölkerungsexplosion fertigzuwerden?
123. Abgeordneter
Freiherr
von Gemmingen Ist die Bundesregierung grundsätzlich bereit, den Entwicklungsländern, sofern diese es wünschen, Entwicklungshilfe auch auf dem Gebiet der Geburtenregelung zu gewähren?
124. Abgeordneter
Freiherr
von Gemmingen Welche Maßnahmen zur Hilfe für Entwicklungsländer auf dem Gebiet der Familienplanung sind von der Bundesregierung ggf. für die nächste Zeit vorgesehen?

125. Abgeordneter
Rasner

Kann die Bundesregierung, nachdem im vergangenen Jahr die deutsche Bevölkerung fast 8 Millionen DM Barspenden für das Deutsche Aussätzigen-Hilfswerk, dessen Hilfe z. Z. 500 000 Patienten erreicht, aufgebracht hat, einen Betrag von 2 Millionen DM bis 3 Millionen DM jährlich als eine Aufgabe der Entwicklungshilfe ansehen und einplanen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

126. Abgeordneter
**Schmitt-
Vockenhausen**

Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, inwieweit im Hinblick auf die moderne Entwicklung in der Medizin die den Ärzten auferlegten Pflichten in bestimmtem Umfang auch auf das ärztliche Hilfspersonal ausgedehnt werden müssen?

127. Abgeordneter
Dr. Hammans

Trifft es zu, daß auf Vorschlag der Kommission eine Verordnung für die Höchstmengen bei Pflanzenschutzmitteln besagt, daß Stoffe der Aldrin-Dieldrin-Gruppe noch bis zum 31. Dezember 1972 verwendet werden können?

128. Abgeordneter
Dr. Hammans

Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation der Bundesrepublik Deutschland, vor allem auch im Hinblick auf Importe, da nach der deutschen Höchstmengenverordnung vom 30. November 1966 die Stoffe der Aldrin-Dieldrin-Gruppe in Pflanzen, die der Ernährung dienen, nicht mehr enthalten sein dürfen?

129. Abgeordneter
Dr. Hammans

Wird die deutsche Landwirtschaft durch den Vorschlag der Kommission nicht benachteiligt?

130. Abgeordneter
Dröscher

Liegen in der Bundesrepublik Deutschland Untersuchungen darüber vor, ob dort, wo der Boden einen höheren Gehalt an radioaktiven Mineralien zeigt, die Häufigkeit von Mißgeburten, Fehlgeburten, Mißbildungen an Kindern statistisch größer ist als bei der Bevölkerung, die auf nicht radioaktivem Boden lebt, wie solche zum Beispiel im Auftrag des US-Gesundheitsministeriums für die Vereinigten Staaten erstellt worden sind?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

131. Abgeordneter
Rehs

Bejaht die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß an 34 anderen europäischen Plätzen deutsche Schulen bestehen, in England keine, die Notwendigkeit einer deutschen Schule in London?

132. Abgeordneter **Rehs** Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, ihre Einrichtung beschleunigt herbeizuführen?
133. Abgeordneter **Geldner** Ist der Bundesregierung bekannt, ob im Zusammenhang mit der Verkündung des Ausnahmezustandes in Spanien für deutsche Reisende Schwierigkeiten entstanden oder zu erwarten sind?
134. Abgeordneter **Geldner** Welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung getroffen, um zu gewährleisten, daß auftretende Schwierigkeiten möglichst schnell überwunden werden oder daß die Reisenden vorher rechtzeitig über eventuelle Unannehmlichkeiten aufgeklärt werden?
135. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)** Bis wann kann mit dem Bericht über die Ergebnisse der Beratungen über die Empfehlung 513 betr. ein Beschwerderecht der Beratenden Versammlung der Europarates bei der Europäischen Kommission der Menschenrechte gerechnet werden, den der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesaußenministerium in der Fragestunde vom 5. April 1968 in Aussicht stellte?
136. Abgeordneter **Westphal** Welche politischen und wirtschaftlichen Folgen würden nach Ansicht der Bundesregierung eintreten, wenn der Ministerrat der EWG einseitig allein über ein Präferenzabkommen mit Tunesien und Marokko entscheidet, während Israel, das seinen Antrag auf Assoziierung früher als die genannten Staaten vorgetragen hat, weiter auf einen Vertragsabschluß warten müßte, ohne Klarheit über Inhalt und Zeitpunkt des Vertrages zu haben?
137. Abgeordneter **Westphal** Welche wirtschaftlichen oder sonstigen sachlichen Gründe sprechen gegen eine gleichzeitige Behandlung und Beschlußfassung im Ministerrat der EWG über gleichwertige Präferenzverträge der Europäischen Gemeinschaft für Industriegüter und Agrarprodukte der Länder Tunesien und Marokko einerseits und Israel andererseits?
138. Abgeordneter **Westphal** Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß aus politischen Gründen eine gleichartige Behandlung aller Mittelmeerländer bei der Handels- und Assoziierungspolitik der EWG durch den Ministerrat der EWG erfolgen muß?
139. Abgeordneter **Kahn-Ackermann** Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um das Angebot des Bundesaußenministers zu realisieren, das er auf der letzten UNESCO-Konferenz machte, bei der Rettung der Tempel von Philae mitzuwirken?

140. Abgeordneter
**Kahn-
Ackermann** Wann sind erste Ergebnisse der Arbeit der neu geschaffenen Zentralstelle für das Auslandsschulwesen beim Bundesverwaltungsamt zu erwarten?
141. Abgeordneter
**Kahn-
Ackermann** Trifft es zu, daß der deutsche Kulturreferent in Mexico trotz nunmehr achtjährigem Aufenthalt in Lateinamerika die spanische Sprache immer noch nicht in einem für einen solchen Posten notwendigen Umfang beherrscht?

Bonn, den 7. Februar 1969